

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Abonnementpreise:** Die zu dem heute Jahr über 0,30 Goldmark für sechs Monate, für ein Jahr 0,55 Goldmark, für drei Jahre 1,50 Goldmark. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. — Die Druckerei für Druckarbeiten und die Buchbinderei für Buchbindungen sind in Dresden, Leipzig und Chemnitz zu finden. — Die Druckerei für Druckarbeiten und die Buchbinderei für Buchbindungen sind in Dresden, Leipzig und Chemnitz zu finden.

**Unabhängige Tageszeitung**  
**mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Für den gewöhnlichen Monat 1 G. Post  
bei jeder Zustellung durch Boten  
Postbezug für Monat Juni 1,00 Goldmark für die Woche 0,25  
monatlich 2 Kr. 15. — **Einzelnummern:** in Dresden 0,10  
0,90 Goldmark, nach dem **Einzelnummer 10 G. Pfennig**  
Auslande 1,20 Goldmark.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7951, 2 7952, 2 7953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060  
Abbestellung und Änderungen (ohne Rücksicht) werden jederzeit auf Verlangen angenommen. — Im Falle einer Verlegung der Redaktion oder des Verlags haben unsere Leserschaft keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung der abbestellten Abnahme.

Nr. 150

Dienstag, 30. Juni 1925

XXXIII. Jahrg.

## Vor einer neuen Regierungskrise?

Zweifelhafte und unklare Haltung der Deutschnationalen — Die Lage der Deutschen in China  
Neue Erfolge Abd el Krim's

### Die Hecke gegen Dr. Stresemann

B. Berlin, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Montagspresse berichtet, man rechne in parlamentarischen Kreisen nach wie vor damit, daß der Ausgang der Jollitarierhandlungen in hohem Grade mitbestimmend sein werde für das weitere Verhältnis der Deutschnationalen zum Kabinett Brüder. Die Namen des in der Form beteiligten, daß man in der Tat feststellt, eine Verlagerung der Entscheidung über den Jollitar bis zum Herbst würde das längere Verbleiben der deutschnationalen Minister im Kabinett für die Partei nutzbarer machen. Man denkt dabei wohl in erster Reihe an Herrn Schiele und weniger an den Grafen v. Helldorf. Aber die ohnehin schwache Pforte des gegenwärtigen Kabinetts geriete durch diese Wendung noch mehr ins Wanken.

Die augenblickliche Lage in der Deutschnationalen Partei, die durch feinerste parteipolitische Kämpfe mehr verunsichert werden kann, sollte allen Parteien, die sich nicht als vorübergehende Erscheinung betrachten, ein warnendes Beispiel sein. In der Deutschnationalen Partei hat sich, nachdem die verantwortlichen Mitglieder gewarnt sind, die Verlagerung hindurch getriebene Politik unmöglich gemacht. Ihre Wähler beginnen die Zweifel zu erheben, die ihnen in den verschiedenen Wahlkreisen der letzten Zeit immer wieder ausgesprochen wurden. Die Agrarier des Ostens verlangen ihre Kommissäre, das heißt die Herren, daß die Deutschnationale Partei ihren eigenen Lehren und Botschaften in der breiten Masse der Reichsbürger zum Bewußtsein zu bringen. Sie verlangen die Wahl der Lebenshaltung sämtlich verteidert.

Die Saazer und Glatzburger fordern dringend die Einlösung der freigegebenen Aufwertungsversprechen, und die Herren Dörmig und Helldorf ermahnen dieser Tage im Reichstag nur mit Hilfe der Gefahr, von ihren betrogenen Wählern verurteilt zu werden. Herr Dörmig mußte kürzlich in einer Rede offen zugeben, daß die wirtschaftliche Lage die Erfüllung der deutschnationalen Aufwertungsversprechen unmöglich mache. Das heißt: die Deutschnationale Volkspartei versteht, daß die Verordnungen gemacht hat, von denen sie wissen mußte, daß sie unerfüllbar waren. Zu Agrariern und Saazerern stellen sich schließlich die sozialen Verbände der arbeitenden Massen. Die Hauptkämpfer der deutschnationalen Kampfbewegung, und verlangen die von den Deutschnationalen zu unendlich zu verprechende energische Kursbewegung in der Aufwertungsfrage, die von sozialen Bedenken millionenmal verdrängt. „Reinigung Deutschlands aus den Händen der Eliten.“

Rein Wunder, daß sich die Stimmen mehren, die einen Austritt aus dem Kabinett verlangen, daß man langsam nach einem alternativen, anständig aussehenden Rückzug von der letzten Verdrängung in die angenehmeren Gefilde verantwortungsvoller Opposition zu suchen beginnt. Noch scheint die offizielle Parteileitung die Stunde des Austritts nicht für gekommen zu erachten. Sie sucht zu bremsen und verzögert auf eine fast unglückliche Weise.

Unterdessen hat ihre Presse den Kampf gegen das Kabinett bereits begonnen. Ein Teil der deutschnationalen Blätter, und zwar nicht nur die Organe auf der äußersten Rechten, sondern auch die „Vogelberg-Presse“ mit dem „Volksanzeiger“ an der Spitze, hatte in den letzten Tagen seine schweren Geschütze vor allem wieder gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann und den deutschen Sicherheitspakt gerichtet. Die „Deutsche Zeitung“ hatte wörtlich geschrieben:

„Es wäre endlich an der Zeit, daß an die Spitze des Außenministeriums endlich ein Mann tritt, der die Freundschaft des Handels wiederbringt, die die Grundlage aller Außenpolitik bildet, ein Mann, der der außenpolitischen Lage Deutschlands eine Richtung zu geben vermag, die nicht dem Feindbild, sondern dem Vaterlande Vorteile schafft. Das Herr Graf Stresemann selber kann nicht in, hat er bewiesen.“

Fragen der Politik in einer Weise gestellt werden, die den Reichsaussenminister und der Würde des Deutschen Reiches entzweielt.“

Was dem wohl ganz klaren Text dieser Entschließung geht hervor, daß die Deutschnationalen zum mindesten die Außenpolitik des jetzigen Reichskabinetts, in dem sie selbst maßgebend vertreten sind, mit großem Mißtrauen betrachten. Die „Deutsche Zeitung“ läßt sich denn auch in ihren Angriffen auf Dr. Stresemann gar nicht behelligen. Dabei scheint ihr Hilfe gemindert zu sein von gewissen an dieser Stelle schon oft charakterisierten Kreisen der Deutschnationalen Partei, deren persönliche Feindschaft gegen Dr. Stresemann ja bekannt ist. Sie veröffentlicht nämlich gestern den Artikel eines vormaligen Reichsaussenministers, der Herr Dr. Stresemann vorwirft: er habe unter dem Einfluß des Staatssekretärs von Schubert und des Ministerialdirektors Gomb. Politik auf eigene Faust getrieben.“ Die „Deutsche Zeitung“ stellt daraus den Schluß: dieser Dr. Stresemann müsse ja dann als möglich aus seinem Amte entfernt werden.

Die Deutschnationale Partei ist über gegen ihn gerichtet. Große Teile seiner eigenen Partei ebenfalls und das Zentrum hat doch schließlich auch seine Verantwortung, um dieses unbeliebten und ungeschickten Außenministers willen die Dinge im Reich zum Besten kommen zu lassen. Also lieber heute als morgen fort mit Stresemann!“

Die Zusammensetzung des Reichskabinetts, meint das Organ der deutschnationalen Kampfbewegung, könnte im übrigen ja die bisherige bleiben. Nur möchte auch den Herren Gomb. und v. Schubert „das Gomb. gefügt“ und gefügt werden, daß die Nachfolge des Außenministers nicht etwa einem „Stresemann II“ übertragen werde. — Wie wäre es, wenn man, damit endlich Jura in die Kolonne kommt, den Grafen Reventlow, der erst gestern wieder in der „Deutschen Zeitung“ feierlichste, zum Außenminister wählte? Oder den Baron von Helldorf? Oder den Reichsaussenminister? Zur Befreiung ist unbestimmter Vorgesetzter, wie das geschäftsführende Staatssekretär im Außenamt und des juristischen Ministerialdirektors fehlt es in der Umkleenkabine des Faktors Glas gewiß nicht an Talenten.

Wie hart die unterirdische Hecke gegen Dr. Stresemann wieder einmal geworden ist, beweist weiter folgendes amtliches Communiqué, das am Sonnabend veröffentlicht wurde und das die Duguberg-Presse ganz offensichtlich vor aller Welt brandmarkt. Das Communiqué heißt wörtlich wie folgt:

„Der Berliner Lokal-Kurs“ hat in einer Erklärung der Sicherheitsfrage die Behauptung aufgestellt, daß die Reichsregierung innerlich auf einen Erfolg bei der Fortsetzung ihrer Initiative nicht rechne und daß es sich bei der Fortsetzung der Verhandlungen wesentlich darum handeln würde, klar herauszuarbeiten, woran der Sicherheitspakt scheitern müsse.“

Die „Berliner Volkszeitung“ glaubt diese Behauptungen auf die Presseabteilung der Reichsregierung zurückzuführen zu müssen. Demgegenüber wird die Selbstverantwortlichkeit festgestellt, daß mit keinem Verantwortlichen solchen Behauptungen der „Berliner Lokal-Anzeiger“, die in solchem Gegensatz zu der Auffassung des Reichskabinetts stehen, keine amtliche Stelle irgend etwas zu tun hat.“

Man sieht, die Gegensätze haben sich wieder einmal auf das äußerste verschärft, und wir können nicht leicht nach dem Beginn der parlamentarischen Ferien allerlei Ueberraschungen erleben. Im übrigen soll der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei heute in Berlin zusammenkommen, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Die Einberufung des Parteivorstandes ist, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, nicht ohne Zusammenhang mit den Kurrieren der letzten Tage auf Dr. Stresemann erfolgt. Aus maßgebenden Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei wird eigenartig mitgeteilt, die Entschlüsse des Parteivorstandes würden keinen Zweifel darüber lassen, daß die Behauptungen über eine Weichenstellung gegen Stresemann innerhalb der Volkspartei auf der Luft geschrieben seien. Diese Feststellung ist aber schon oft gemacht worden, aber immer wieder schienen Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei in der benachbarten Presse vergebliche Schritte gegen den eigenen Führer, und zwar nicht in Zeiten, da die Regierung vor besonders schwerwiegenden Entscheidungen stand. Immer wieder suchte man Dr. Stresemann schmerzlich anzuflören und in Gegenstand zu Partei und Kabinettkollegen zu bringen, wenn

### „Improvisationen im Juni“

Von unserem id. Korrespondenten  
Wien, 29. Juni

Dies feinerzeit in Dresden mit so viel Erfolg aufgeführte Lustspiel steht zur Zeit auf dem Repertoire des Wiener Raimund-Theaters. Es hat auch hier den denkbar größten Erfolg: es wird sich in der Wirklichkeit aus, in der Politik. Der Außenminister Dr. Ma'aja hat nämlich plötzlich, wie bekannt, den Entschluß gefaßt, nach Paris zu fahren. Kein Mensch wußte von dieser improvisierten Reise, am wenigsten das Parlament. Die Reise wurde auf einmal für Dienstag abend offiziell angekündigt. Sie wurde jedoch verschoben werden, nicht, weil, wie offiziell verkündet wurde, kein Schloßcoupé zu haben war, sondern weil den Ministerkollegen Ma'aja, weil insbesondere den Großdeutschen, den Koalitionsgenossen der Christlichsozialen, angut und dange wurde vor der Öffentlichkeit des Ministers, die eigenartlicher Weise immer westlich orientiert ist.

Wie kam es am Mittwoch ein in aller Eile zusammengetrommelter Ministerrat zustande, an dem auch der Finanzminister Seipel, als Chef der Christlichsozialen Partei, und die Führer der Großdeutschen, die Nationalen und Frank teilnahmen. Schon diese Neuberichterungen zeigen, daß nicht das fehlende Coupé, sondern gewichtige politische Gründe den Ausschlag der Reise veranlassen haben. Natürlich weiß man nicht, was in dem Ministerrat vorging, denn in dieser demokratischen Republik ist die Wahrscheinlichkeit nicht groß, daß die Pariser Reise Ma'ajas Gegenstand der Erörterung war und dem Minister, der die Improvisation leitete, denn doch gewisse Rücksichten als Bedingungs mitgearbeitet wurden, damit nicht wieder unliebsame Ueberraschungen vorzukommen wie bei der Komödie Ma'ajas und bei seinem Angriff gegen Raimund, der mit einem blamablen Rückzug endete. Es heißt, daß der Minister den Experten entgegengefahren sei, den Herren Dörmig und Ritt, die im Auftrag des Reichsaussenministers die wirtschaftliche Lage Österreichs unteruchen und Bericht zu erstatten sollen. Das wäre aber wahrhaftig eine sehr große Ehrenbeleiung, denn sogar Souveränen ist man in früheren Zeiten nur bei der Landbesichtigung entgegengefahren. Aber nicht nach Paris? Das ist ein bisschen viel, zu viel sogar. Es wird dies aber wahrscheinlich ebensowenig der Zweck des improvisierten Pariser Aufstiegs sein, wie das Schloßcoupé der Grund des Aufstiegs war. Die Wahrheit ist, daß die Pariser Reise schon in der Vorbereitung ein trügerischer Beschluß der Diplomaten des Reichsaussenministers war, die in der Republik nicht viel anders geworden.

Was von einer zweiten Improvisation im Juni, die möglichweise sogar mit der ersten in einem gewissen Zusammenhang steht, ist zu berichten. Die Regierung sammelt nämlich Material für die bevor-

### Schwere Anklagen Dr. Best's

Wie wir im größten Teil unserer Sonntagausgabe bereits berichtet, hat der ehemalige deutschnationale Abgeordnete und jetzige Sozialist der Österreichischen Arbeitergemeinschaft, Dr. Best, im Aufwertungsbericht die schwere Anklage gegen einige Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei erhoben. Es seien persönlich an der jetzigen Regelung der Aufwertungsfrage interessiert. Es handelt sich dabei um die deutschnationalen Abgeordneten Freiherrn v. Rittschoten (Wien), Dr. Rabenmayer, Dr. Oberböck und den Zentrumsabgeordneten Dr. Scheiter.

Dr. Best erklärte, Dr. Rabenmayer habe als Leiter eines Bergwerkesbauunternehmens Bauerngüter aufgekauft und ein Interesse an einer niedrigen Aufwertung, weil er aus einer solchen Nutzen ziehen wolle. Rittschoten habe sich bei dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Oberböck, die Wirtin Oberböck sei ebenfalls in diesem Sinne an der Aufwertungsfrage persönlich interessiert. Schließlich habe der deutschnationale Abgeordnete v. Rittschoten (Wien) bei Dr. Best geschrieben, von dessen Namen man auszuweichen vor, die sie ebenfalls mit der Frage des Aufwertungsabstimmens, und zwar im Einvernehmen mit einem von Rittschoten ge-

lebende Expertise des Börsenbunds. Unter anderem hat sie auch dem Hauptverband der Industriellen einen Fragebogen vorgelegt, aus dessen Beantwortung die Experten die Ansicht der Industriellen über die derzeitigen Verhältnisse und über deren Remedur erfahren sollen. Da hat sich nun, wie die „Neue Wirtschaft“ heute meldet, ein Geheimkonventikel zusammengesetzt, bestehend aus dem Abgeordneten und Fabrikdirektor Stresemann, dem Vizepräsidenten des Verbandes, Ehrhart, und dem Generalsekretär Weh-Wellenhein. Der erste ist gewissermaßen Kanalarbeiter, der zweite gewissermaßen Präfekt, der dritte gewissermaßen Journalist.

Diese drei Herren haben, ohne sonst jemandem zu fragen, den Fragebogen der Regierung mit einer Denkschrift beantwortet, in der das ganze wirtschaftliche Sanierungsproblem vorwiegend nur vom wirtschaftlichen Standpunkt behandelt wird, damit die Experten die Anschauung gewinnen, daß die Industrie ihre Zukunftshoffnungen nicht auf den Anstieg, sondern auf die Aufwertungsmaßnahmen mit den Aufwertungsmaßnahmen setzen. Diese Improvisation ist jedoch durch Zufall den andern leitenden Persönlichkeiten des Hauptverbandes bekannt geworden, was sofortige Auseinandersetzungen mit den Kommentatoren zur Folge hatte, wobei insbesondere die Hauptvertreter der österreichischen Stahlindustrie und der Lebensmittelindustrie gegen die begangene Eigenmächtigkeit protestierten. Die Regierung wurde verkündet, daß die Denkschrift nur als private Meinung der Verfasser, aber nicht als die der Industrie zu verstehen sei, da diese ihre offizielle Beantwortung des Fragebogens nach Einholung der Äußerungen der wichtigsten Zweigverbände (Lebensmittel-, Eisen- und Textilindustrie) abgeben werde. Die Mehrheit dieser Zweigverbände ist antischweizerisch gesinnt.

Man sieht, mit welchen Mitteln die Anschuldigungen arbeiten, im geheimen und beherrschend: Ma'aja fährt den Experten, ausgerechnet nach Paris, entgegen, ohne das Parlament oder den Hauptverband über die Parteiführer zu verständigen, und im Hauptverband der Industriellen wird unter der Hand ein Memorandum fabriziert, das die Anschauung der Mehrheit der Industriellen in falschem Sinne darstellt. Die Anschuldigungen hoffen jedoch, daß alle diese improvisierten Machinationen erfolgreich bleiben werden. Dr. Seipel, selbst kein Anklagefreund, mußte in einem Fortzuge in Zürich bekennen, daß bei einer Volksabstimmung 85 Prozent der österreichischen Bevölkerung für den Anstieg stimmen würden. Und eine so insolente Willkürherrschaft sollte im „Führerhand“ der Selbstbestimmung“ auch gemacht werden können? Der Artikel 88 des Vertrages von St. Germain behält ja aufrecht, und Österreich ist Mitglied des Völkerbunds. Also...

Th. Seb.

Die vier Beschuldigten wehrten sich natürlich bestin gegen die Angriffe des Abgeordneten Best und erklärten dieselben falsch und fahrlässig für falsch. Von deutschnationaler Seite ist dem Verein Deutscher Zeitungsvorleger eine Mitteilung in diesem Sinne zugegangen. Es ist aber damit zu rechnen, daß der ganze Vorgang in der nächsten Sitzung noch nicht erledigt ist, da selbst der deutschnationale Vorsitzende des Aufwertungsamtes, Abgeordneter Philipp, die Ansicht vertritt, daß eine gerichtliche Klärung erfolgen müsse.

Nach dem „Vorwärts“ hat Dr. Best im einzelnen den drei deutschnationalen Abgeordneten folgendes vorgeworfen:

Herr v. Rittschoten habe in der Justizkommission ein Familienkapital von 3 1/2 Millionen gekauft und seine Schwester und Mutter mit 75 Prozent Wagnis abfinden verfaßt. Er sei deshalb persönlich an der Aufwertungsfrage interessiert.

Der Abgeordnete Dr. Rabenmayer habe in der deutschnationalen Fraktion erklärt, daß er Direktor eines Bergwerkesunternehmens sei, das in der Aufwertungsfrage große Gewinne machen könnte, auf denen noch Rechtsaufträge hängen.

Der Abgeordnete Dr. Oberböck habe erklärt, kein Wort mit etwa 300 000 W. an der Aufwertung interessiert.